



„Grad an Zynismus nur schwer erträglich“

SELK: Gottfried Martens beklagt erneut BAMF-Abschiebebescheide

Berlin, 30.6.2019 - selk - In dieser Woche habe wieder eine besonders engagierte christliche Familie aus seiner Gemeinde ihren Abschiebebescheid für den Iran erhalten, berichtet Pfarrer Dr. Gottfried Martens D.D., der als Pfarrer der Dreieinigkeits-Gemeinde Berlin-Steglitz der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) schwerpunktmäßig unter Geflüchteten arbeitet, auf der Facebook-Seite seiner Gemeinde.

In dem Abschiebebescheid werde unterstellt, so Martens, dass in der Dreieinigkeits-Gemeinde „iranische Asylbewerber bei derartigen Treffen, die z.B. in Form von Bibelkreisen und Büchertischen stattfinden, miteinander auch über ihre Situation und erfolgversprechende Möglichkeiten, einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu erhalten, sprechen. Als eine solche Möglichkeit wird insbesondere die Konversion zum Christentum angesehen.“ Hier hapere es beim BAMF schon allein bei der elementaren Logik, kommentiert der Steglitzer Pfarrer: Wenn Asylbewerber angeblich erst bei Bibelkreisen darauf aufmerksam gemacht würden, dass sie die Konversion zum Christentum als erfolgversprechende Möglichkeit, einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu erhalten, vorbringen könnten, hätten sie ja offenbar vorher ohne solche Gedanken bereits an diesem Bibelkreis teilgenommen, seien also aus ehrlichem Interesse zu diesen Bibelkreisen gekommen. Aber mit so viel Logik dürfe man das BAMF wohl nicht überfordern. Er habe das BAMF bereits wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass es in seiner Gemeinde keinen Büchertisch gebe. Er habe ihm wiederholt eidesstattliche Versicherungen angeboten, dass in dem persischen Bibelkreis und in dem afghanischen Jugendbibelkreis seiner Gemeinde überhaupt nicht über „erfolgversprechende Möglichkeiten, einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu erhalten“, gesprochen werde. Doch daran sei das BAMF überhaupt nicht interessiert. „Dazu macht es ihm offenkundig zu viel Spaß, unsere Arbeit mit böartigen Unterstellungen zu verleumden, die mit der Realität nichts zu tun haben“, schlussfolgert Martens: „Und so werden Glieder unserer Gemeinde seit Jahren mit immer demselben Textbaustein in den Iran zurückgeschickt.“

Der aktuelle Abschiebebescheid enthalte einen weiteren immer wieder verwendeten Satz: „Es ist auch den iranischen Behörden bekannt, dass iranische Staatsangehörige in Asylverfahren immer wieder zum christlichen Glauben konvertieren, um so bessere Chancen im Asylverfahren zu erhalten.“ Dass die betreffende Familie nicht „im Asylverfahren“ zum christlichen Glauben konvertiert sei, sondern bereits im Iran, lasse man einfach beiseite.

„Mit der Unterstellung, dass iranische Staatsangehörige nur aus dem Grund zum christlichen Glauben konvertieren, um bessere Chancen im Asylverfahren zu erhalten, werden Asylanträge christlicher Konvertiten vom BAMF hier in Berlin mittlerweile praktisch zu 100 % abgelehnt“, schreibt Martens. Wenn ein iranischer Christ in der Anhörung sage, dass er Christ sei, könne er eigentlich nach zwei oder drei Minuten wieder das Zimmer verlassen. „Ich warne vor Beginn eines jeden Taufunterrichts alle Taufbewerber davor, dass sie sich mit ihrer Konversion jegliche Chancen verspielen, vom BAMF eine positive Antwort in ihrem Asylverfahren zu erhalten“, so der Pfarrer: „Ich sage ihnen sehr deutlich: Wenn ihr eine positive Antwort im Asylverfahren



haben wollt, dann erklärt, dass ihr Salafisten seid. Dann habt ihr hundertmal bessere Chancen, anerkannt zu werden, als wenn ihr sagt, dass ihr Christen seid.“ Jeder Neugetaufte in seiner Gemeinde wisse, dass er als Christ keine Chance beim BAMF habe. Dennoch werde diese Behauptung vom BAMF immer noch weiter in den Abschiebebescheiden kolportiert, dass iranische Staatsangehörige konvertieren, um so bessere Chancen im Asylverfahren zu erhalten.

Und während das BAMF behaupte, die Konvertiten hätten keine Verfolgungsmaßnahmen zu befürchten, weil es den iranischen Behörden bekannt sei, dass iranische Staatsangehörige ja nur aus asyltaktischen Gründen konvertieren würden, sähen dies die Behörden am Flughafen in Teheran offenkundig anders und verhafteten diese Leute, denen das BAMF bescheinigt hat, sie hätten keine Verfolgungsmaßnahmen zu befürchten.

„Der Grad an Zynismus in diesen Abschiebebescheiden ist nur schwer erträglich“, beklagt Martens: „Und dann kommt, wie in einem groß Teil der Abschiebebescheide, das krönende Argument zum Abschluss: Iranische Staatsangehörige befinden sich in Deutschland ‚im Feindesland‘, und dort ist es durchaus erlaubt, durch Täuschungshandlungen den Feind zu überlisten.“ Pauschal werde allen iranischen Staatsangehörigen unterstellt, sie sähen Deutschland als Feind an. „Das ist Rassismus vom Feinsten“, resümiert Martens. Nach Auffassung des BAMF bestehe die Dreieinigkeits-Gemeinde zum größten Teil aus Feinden der Bundesrepublik Deutschland.

„Jede Woche empfangen viele hundert Feinde der Bundesrepublik Deutschland in unserer Gemeinde den Leib und das Blut des Herrn und überlisten mit solchen Täuschungshandlungen den Feind, zu dem das BAMF wohl auch mich zählen dürfte, der ich diese Menschen getauft habe“, schreibt Martens. „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“: So lasse sich mit einem Fachausdruck die Begründungsstruktur für die Abschiebung der in Rede stehenden Familie und unzähliger anderer christlicher Konvertiten zusammenfassen. „Ich habe gegenüber dem BAMF immer und immer wieder gegen diese Argumentationen protestiert - doch das BAMF hält eisern daran fest, dass unsere Gemeindeglieder Feinde der Bundesrepublik Deutschland sind. Und so werden konvertierte Christen aus dem Iran auch in Zukunft wohl keine Chance haben, hier in Deutschland ihren christlichen Glauben praktizieren zu können. Feinde müssen schließlich bekämpft werden - und das macht das BAMF mit aller Konsequenz.“

Ein Bericht von selk_news /

Redaktion: SELK-Gesamtkirche /

selk_news werden herausgegeben von der Kirchenleitung
der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK),

Schopenhauerstraße 7, 30625 Hannover,

Tel. +49-511-557808 - Fax +49-511-551588,

E-Mail selk@selk.de

---> Informationen aus Kirche und Gemeinden in Wort und Bild
auch unter "SELK-Aktuell" auf <http://www.selk.de>.



Internationales Treffen zum Thema „Religionsfreiheit“

SELK: Gottfried Martens auf Konferenz in den USA

Washington (USA), 21.7.2019 - selk - Am 16. und 17. Juli fand im State Department in Washington, dem Auswärtigen Amt der USA, ein "Ministerial to Advance Religious Freedom" statt. Mehr als 1.000 Teilnehmende aus über 130 Ländern, darunter hochrangige Politikerinnen und Politiker, Vertreterinnen und Vertreter der verschiedensten Religionen und Mitarbeitende zahlreicher Nichtregierungsorganisationen, die sich auf unterschiedlichste Weise für die Religionsfreiheit in ihren jeweiligen Ländern und darüber hinaus einsetzen, machten dieses Treffen nach Angaben des State Departments zur größten internationalen Versammlung zur Unterstützung der Religionsfreiheit, die es jemals gegeben hat.

Zu den Hauptrednern zählten unter anderem Nancy Pelosi, die Sprecherin des Repräsentantenhauses der USA, Tony Blair, der ehemalige britische Premierminister, und der bedeutende islamische Theologe Dr. Shaykh Abdullah Bin Bayyah. Auch Beauftragte für Religionsfreiheit der Regierungen verschiedener Länder kamen zu Wort, darunter auch Markus Grübel, der Beauftragte der deutschen Bundesregierung. Besonders eindrücklich waren die Zeugnisse der Überlebenden religiöser Verfolgung, denen im Programm der Tagung besonders breiter Raum eingeräumt wurde. So berichteten neben vielen anderen die Friedensnobelpreisträgerin Nadia Murad und der Sohn des wegen seines Einsatzes für die pakistanische Christin Asia Bibi ermordeten Gouverneurs Salman Taseer in sehr persönlicher Weise von ihrem Einsatz für Religionsfreiheit. Bewegend waren die Zeugnisse von Überlebenden der Anschläge auf eine Synagoge in Pittsburgh/USA, auf eine Moschee in Christchurch/Neuseeland und auf christliche Gottesdienste in Sri Lanka, die alle drei unabhängig voneinander davon erzählten, wie sie den Attentätern vergeben und auf den erfahrenen Hass mit Liebe reagiert haben.

Ziel des Ministerials, zu dem neben den Vorträgen und Podiumsdiskussionen auch zahlreiche Arbeitsgruppen gehörten, war es nach Angabe der Veranstalter, eine weltweite Bewegung zur Unterstützung der Religionsfreiheit, wie sie in Artikel 18 der UN-Menschenrechtscharta beschrieben ist, in Gang zu setzen und die Teilnehmenden bei ihrem vielfältigen Einsatz für die Religionsfreiheit in ihren Ländern zu ermutigen und miteinander zu vernetzen. Eine solche Bewegung sei angesichts der immer weiter fortschreitenden Einschränkung der Religionsfreiheit in der Mehrzahl der Länder dieser Erde dringend nötig.

Zu den wenigen deutschen Teilnehmenden, die zu dem Ministerial eingeladen worden waren, gehörte auch Pfarrer Dr. Gottfried Martens D.D. von der Dreieinigkeits-Gemeinde Berlin-Steglitz der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), dessen Einsatz für geflüchtete christliche Konvertiten aus dem Iran, Afghanistan und Pakistan mittlerweile auch weit über die Grenzen Deutschlands hinweg Beachtung gefunden hat. Martens hatte die Möglichkeit, im Rahmen des Ministerials in Reden und Gesprächen auf die Situation Tausender von der Abschiebung bedrohter konvertierter Christinnen und Christen in vielen Ländern Europas, besonders auch in Deutschland, aufmerksam zu machen. Um dieses Thema ging es auch in Gesprächen, die er in Washington unter anderem mit dem Sonderbeauftragten der EU für Religionsfreiheit, Dr. Jan Figel, mit dem Beauftragten der deutschen Bundesregierung, Markus Grübel, und mit Vertretern der US-Regierung führen konnte.



Martens erklärte: "Wenn wir über weltweite Religionsfreiheit reden, darf nicht der Eindruck entstehen, als ob es in Europa selbst keine Probleme mit der Religionsfreiheit gebe. Es ist bezeichnend, dass Jan Figels offizieller Titel Sonderbeauftragter der EU für Religionsfreiheit ‚außerhalb der Union‘ lautet. Doch wenn säkulare europäische Staaten nach oftmals mehr als fragwürdigen Kriterien die Glaubensfestigkeit von christlichen Konvertiten überprüfen und dabei immer wieder in offenem Widerspruch zu den Beurteilungen der Kirchen zu dem Urteil kommen, dass diesen eine Rückkehr zum Islam zuzumuten sei, dann stellt diese Praxis ebenfalls eine massive Verletzung der Religionsfreiheit auch hier in Deutschland und in anderen europäischen Ländern, besonders auch in Skandinavien, dar. Tausende von engagierten Christen müssen mitten in Europa um ihr Leben fürchten, dürfen nicht arbeiten und sind anderen Restriktionen ausgesetzt, weil der Staat, in dem sie leben, ihren Glauben nicht ernstnimmt und sie im Gegenteil, wie hier in Deutschland, immer wieder zu ‚Feinden der Bundesrepublik Deutschland‘ erklärt. Ich habe auch in der internationalen Öffentlichkeit darum geworben, dass diese skandalöse Praxis angesprochen und beseitigt wird."

Bei seinem Vortrag fand Martens besondere Unterstützung von Dabrina Bet-Tamraz, der Tochter assyrischer Christen im Iran, die vom iranischen Regime wegen ihrer missionarischen Tätigkeiten als "Bedrohung der nationalen Sicherheit" zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden sind. Auch Bet-Tamraz wurde wegen ihres Glaubens verhaftet und als einzige Frau in einem Männergefängnis im Iran gefangen gehalten und sprach bei dem Ministerial ebenfalls als Überlebende religiöser Verfolgung. Heute lebt sie als Asylbewerberin in Europa und hat Kontakt mit vielen anderen christlichen Konvertiten. Deren Abschiebung in ihr muslimisches Heimatland durch die Regierungen europäischer Länder bezeichnete Bet-Tamraz bei dem Ministerial als "herzerreißend".

"Die Begegnung mit so vielen engagierten Vorkämpfern für die Religionsfreiheit aus ganz verschiedenen Ländern und Religionen war für mich eine beeindruckende und sehr ermutigende Erfahrung", fasst Martens seine Erfahrungen bei dem Ministerial zusammen. "Ich hoffe, dass von diesem Ministerial viele wichtige Impulse für den weltweiten Einsatz für Religionsfreiheit ausgegangen sind - und dass auch das Thema der Glaubensüberprüfung konvertierter Christen durch staatliche Einrichtungen hier in Europa noch einmal neu bedacht und diskutiert wird. Ich wünsche mir ein Europa, in dem kein Christ und auch kein Angehöriger einer anderen Religion wegen seines Glaubens um sein Leben fürchten muss, wie ich dies zurzeit noch tagtäglich in meiner Arbeit erlebe."

Ein Bericht von selk_news /
Redaktion: SELK-Gesamtkirche /
selk_news werden herausgegeben von der Kirchenleitung
der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK),
Schopenhauerstraße 7, 30625 Hannover,
Tel. +49-511-557808 - Fax +49-511-551588,
E-Mail selk@selk.de
---> Informationen aus Kirche und Gemeinden in Wort und Bild
auch unter "SELK-Aktuell" auf <http://www.selk.de>